## S 16 RA 306/99

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze -

Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 16 RA 306/99 Datum 05.04.2000

2. Instanz

Aktenzeichen L 4 RA 117/00 Datum 25.04.2001

3. Instanz

Datum -

I. Auf die Berufung des Klägers werden das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 05. April 2000 und die Bescheide der Beklagten vom 21. November 1995 und vom 18. November 1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28. Mai 1999 aufgehoben.

- II. Die Beklagte hat dem Kläger die auÃ∏ergerichtlichen Kosten beider Rechtszù⁄₄ge zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

## Tatbestand:

Die Beteiligten streiten  $\tilde{A}^{1}/_{0}$ ber die Aufhebung eines Anspruchs auf Halbwaisenrente f $\tilde{A}^{1}/_{0}$ r die Zeit vom 01.10.1994 bis 30.09.1995 und die Erstattung  $\tilde{A}^{1}/_{0}$ berzahlter Leistungen in H $\tilde{A}^{1}$ nhe von 3.049,17 DM.

Der am â | 1971 geborene, im Beitrittsgebiet lebende Klà zer bezog aufgrund der Aufnahme eines Direktstudiums an der Università t Leipzig im Wintersemester 1991 seit Oktober 1991 von der à berleitungsanstalt Sozialversicherung eine Halbwaisenrente aus der Versicherung seines 1983 verstorbenen Vaters. Diese Rentenleistung wurde mit Bescheid vom 28.11.1991 ab 01.01.1992 nach § 307 a

Sechstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VI) umgewertet und angepasst und mit einem monatlichen Zahlbetrag von 440,56 DM geleistet. Sie enthĤlt einen Auffüllbetrag von 321,84 DM.

Der KlĤger ist Vater des am 02.08.1993 geborenen Kindes Benedikt. Die Familienkasse bewilligte ihm mit Bescheid vom 28.09.1994 für die Zeit der häuslichen Erziehung dieses Kindes vom 02.10.1994 bis 01.08.1995 Bundeserziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz (BErzGG). Für die Zeit vom 02.08.1995 bis 01.10.1995 erhielt der Kläger wegen der weiteren häuslichen Erziehung des Kindes Landeserziehungsgeld nach dem Sächsischen Landeserziehungsgeldgesetz (vgl. Bescheid vom 02.08.1995).

Im Rahmen der Nachpr $\tilde{A}^{1}$ /4fung der Waisenrentenberechtigung forderte die Beklagte den Kl $\tilde{A}$ xger regelm $\tilde{A}$ x $\tilde{A}$  $\$ ig, erstmals mit Schreiben vom 02.07.1993 auf, entsprechende Unterlagen f $\tilde{A}^{1}$ /4r eine weiterhin bestehende Berufsausbildung vorzulegen. Als Anlage zu diesem Schreiben erhielt er u.a. das Hinweisblatt (Vordruck 4.3540), aus dem sich Anspruchsgrundlagen und Wegfallgr $\tilde{A}^{1}$ /4nde f $\tilde{A}^{1}$ /4r die Zahlung einer Waisenrente ergeben. Dem Hinweisblatt ist u.a. zu Ziff. 2.1.3.  $\hat{a}$   $\hat{a}$  zwar f $\tilde{A}^{1}$ /4r weibliche Waisen  $\hat{a}$  zu entnehmen, dass f $\tilde{A}^{1}$ /4r die Dauer des Erziehungsurlaubs keine Berufsausbildung vorliege.

Auf Aufforderung der Beklagten legte ihr der Kläger, der seit 01.04.1993 als Direktstudent an der Technischen Universität Dresden im Studiengang Lebensmittelchemie immatrikuliert war, am 26.07.1994 die ausgefüIlten Vordrucke und eine Immatrikulationsbescheinigung für das Sommersemester 1994 vor. Im Fragenkomplex "Bescheinigung der Schule, â□¦, Hochschule" gab er an, dass er für das nächste Semester vom 01.10.1994 bis 30.09.1995 vom Studium beurlaubt sei.

Nach Prüfung der Anspruchsberechtigung bestätigte die Beklagte mit Schreiben vom 18.08.1994 den weiteren Bezug der Halbwaisenrente. Der Anspruch werde bis 30.09.1995 befristet. Zugleich bat sie um die Einsendung von Nachweisen für eine weitere Immatrikulation während der Beurlaubung.

Auf die Erinnerung der Beklagten ging bei ihr am 14.11.1994 eine Immatrikulationsbescheinigung vom 27.10.1994 ein, aus der sich ergibt, dass der KlĤger im Wintersemester 1994/95 (01.10.1994 bis 31.03.1995) beurlaubt sei. Zugleich teilte der KlĤger mit, dass auch fÄ $\frac{1}{4}$ r das Sommersemester 1995 (01.04.1995 bis 30.09.1995) eine Beurlaubung erfolgte.

Im Juni 1995 wurde der KlĤger wieder aufgefordert, entsprechende anspruchsbegründende Unterlagen vorzulegen. Erst im Rahmen dieser Nachprüfung erkannte die Beklagte, dass die Anspruchsvoraussetzungen für die Zeit der Beurlaubung vom Studium nicht geklärt seien und stellte die Rentenzahlung ab September 1995 ein (Schreiben vom 18.08.1995).

Am 23.08.1995 meldete sich der KlĤger telefonisch bei der Beklagten und gab an, dass die Beurlaubung wegen der Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub erfolgt

sei. Er werde sein Studium ab Oktober 1995 weiterführen und begehre deshalb die Weiterzahlung der Halbweisenrente.

Mit Bescheid vom 21.11.1995 hob die Beklagte fÃ $^{1}$ / $^{4}$ r die Zeit ab 01.10.1994 die Bewilligung der Halbwaisenrente nach  $\frac{\hat{A}\S}{48}$  Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) auf, da die Beurlaubung vom Studium wegen Kindererziehung erfolgt sei und fÃ $^{1}$ / $^{4}$ r diesen Zeitraum ein Anspruch nicht bestanden habe. Zugleich forderte sie nach  $\frac{\hat{A}\S}{50}$  SGB X die zu Unrecht erbrachten Leistungen fÃ $^{1}$ / $^{4}$ r die Zeit vom 01.10.1994 bis 30.09.1995 in HÃ $^{9}$ he von insgesamt 6.098,34 DM zurÃ $^{1}$ / $^{4}$ ck.

Dem Widerspruch, mit dem der Kläger darauf hinwies, dass er alle geforderten Informationen rechtzeitig erteilt habe, half die Beklagte mit Bescheid vom 18.11.1998 teilweise ab. Sie reduzierte im Rahmen der Ermessensausübung aufgrund ihres Mitverschuldens an der Ã□berzahlung den Erstattungsbetrag um die Hälfte auf 3.049,17 DM. Zugleich gab sie dem Kläger nach § 24 SGB X Gelegenheit, sich hinsichtlich des Restbetrages und der Rückzahlung zu äuÃ□ern.

Mit Schreiben vom 25.01.1999 erklärte der Kläger, dass er mit der Reduzierung der Rù¼ckforderung nicht einverstanden sei, da die Schuld an der Ã∏berzahlung ausschlieÃ∏lich bei der Beklagten liege. Durch die Weiterzahlung der Halbwaisenrente sei ihm ein Anspruch auf Sozialhilfe ab 01.10.1994 entgangen, der ihm ohne diese Zahlung zugestanden hätte. Ferner habe er die gezahlte Waisenrente fù¼r seinen Lebensunterhalt verbraucht, bevor er davon in Kenntnis gesetzt worden sei, dass ihm diese Zahlungen nicht zustù¼nden.

Die Beklagte wies den Widerspruch mit Bescheid vom 28.05.1999 zurĽck, soweit ihm nicht mit Bescheid vom 18.11.1998 abgeholfen worden ist. Der Bewilligungsbescheid sei nach <u>§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X</u> ab dem Zeitpunkt der Ä nderung der VerhÄ tnisse aufzuheben gewesen. Der KlÄ ger habe aufgrund des Umwertungsbescheides vom 28.11.1991 und aufgrund der diversen NachprÄ fungsschreiben gewusst, dass ihm die Waisenrente nur zugestanden habe, soweit er sich in einer Schul- bzw. Berufsausbildung befand. Die Beklagte habe ihr Mitverschulden an der Ä berzahlung einger aumt und mit dem Bescheid vom 18.11.1998 die Erstattungsforderung auf die HÄ lfte und damit auf 3.049,17 DM reduziert. Ferner bot sie dem KlÄ ger Ratenzahlung an.

Mit der am 01.07.1999 vor dem Sozialgericht Chemnitz erhobenen Klage führte der Kläger sein Begehren zur Beseitigung des Aufhebungs- und Erstattungsbescheides weiter. Ein Sorgfaltsverstoà in besonders schwerem Maà e, der die Beklagte zur rückwirkenden Einstellung der Zahlung der Halbwaisenrente berechtigen würde, liege nicht vor. Ob er die jeweiligen Hinweisblätter vollständig gelesen habe, könne er nicht sagen. Dies sei eher nicht der Fall gewesen; er gehe davon aus, dass er eher die ihn betreffenden Passagen gelesen habe. Jedenfalls habe er nicht gewusst, dass er bei einer Beurlaubung wegen des Erziehungsurlaub keinen Anspruch auf Halbwaisenrente gehabt habe.

Das Sozialgericht wies die Klage mit Urteil vom 05.04.2000 ab. Dem KlAzger stehe

nach § 48 Abs. 4 Nr. 2 a SGB VI fþr die Zeit vom 01.10.1994 bis 30.09.1995 ein Anspruch auf Halbwaisenrente nicht zu, denn er habe sich fþr die Dauer des Erziehungsurlaubs nicht in einer Berufsausbildung befunden. Dass fþr die Dauer des Erziehungsurlaubs ein Anspruch auf Waisenrente nicht bestehe, habe der KIäger dem ihm mehrfach übersandten Hinweisblatt (Vordruck 4.3540) entnehmen können. Da er dieses Formblatt nach eigenem Bekunden erhalten und auch zumindest teilweise gelesen habe, hätte er erkennen können, dass ihm ein Anspruch nicht zustand. Vorliegend sei daher § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X fþr die Aufhebung der Leistungsbewilligung einschlägig. Die Beklagte habe das ihr zukommende Ermessen korrekterweise ausgeþbt und die Erstattungsforderung auf die Hälfte des Ã⅓berzahlten Betrages reduziert. Dabei habe sie berÃ⅓cksichtigt, dass sie ein Mitverschulden an der Ã□berzahlung treffe. Der Kläger habe die fþr diesen Zeitraum mit Bescheid vom 18.11.1998 festgesetzte Erstattungsforderung in Höhe von 3.049,17 DM zu begleichen.

Gegen das dem KlĤger mit Einschreiben vom 06.06.2000 zugestellte Urteil richtet sich seine am 06.07.2000 eingelegte Berufung. Das Sozialgericht habe verkannt, dass einer Aufhebung des begĽnstigenden Verwaltungsaktes nach § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X die GutglĤubigkeit des KlĤgers entgegenstehe. Die Beklagte sei nach Auffassung des KlĤgers Ľber die GrundsĤtze der Bindung der Verwaltung an die hĶchstrichterliche Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) gebunden und damit gehalten, die Halbwaisenrente nach den vom BSG gefundenen Auslegungen zu bewilligen. Fļr den streitigen Zeitraum habe dem KlĤger die Halbwaisenrente in vollem Umfang zugestanden, da er die Voraussetzungen des § 1 BErzGG erfļllt und seine Ausbildung wegen der Erziehung seines Kindes wĤhrend dessen ersten drei Lebensjahren nach § 15 BErzGG unterbrochen habe. Soweit die Beklagte davon ausgehe, dass fļr die Dauer des Erziehungsurlaubs keine Ausbildung im Sinne des § 48 Abs. 4 SGB VI gegeben sei, widerspreche diese Auffassung der vom BSG vorgenommenen Auslegung.

Der KlĤger beantragt,

das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz vom 05.04.2000 und die Bescheide der Beklagten vom 21.11.1995 und 18.11.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides 28.05.1999 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Sie hÃxlt die erstinstanzliche Entscheidung fÃ $\frac{1}{4}$ r zutreffend. Nach derzeitiger Rechtsauffassung der Beklagten liege â $\boxed{}$  entgegen der Entscheidungen des BSG vom 29.04.1997 (5 RJ 84/95) und vom 26.01.2000 (B 13 RJ 53/99 R) fÃ $\frac{1}{4}$ r die Dauer des Erziehungsurlaubs keine Ausbildung im Sinne des <u>§ 48 Abs. 4 SGB VI</u> vor.

Wegen der weiteren Einzelheiten wird Bezug genommen auf den Inhalt der Gerichtsakten aus beiden Rechtszügen und auf die beigezogene Verwaltungsakte,

die Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

## Entscheidungsgründe:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung (§Â§ 144, 151, 153 Abs. 1 Sozialgerichtsgesetz [SGG]) ist zulässig und begründet.

Zu Unrecht haben das Sozialgericht und ihm zuvor die Beklagte einen Anspruch des Klägers auf Zahlung der Halbwaisenrente fä $\frac{1}{4}$ r die Zeit vom 01.10.1994 bis 30.09.1995 abgelehnt, denn der Kläger erfä $\frac{1}{4}$ llte nach der Vollendung des 18. Lebensjahres die Voraussetzungen des  $\frac{2}{4}$ 8 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a SGB VI. Die mit Bescheid vom 21.11.1995 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 28.05.1999 ausgesprochene Aufhebung der Leistungsbewilligung nach  $\frac{2}{4}$ 8 48 SGB X fä $\frac{2}{4}$ 7 den hier streitigen Zeitraum ist daher rechtswidrig und war vom Senat aufzuheben. Eine auf  $\frac{2}{4}$ 8 50 Abs. 1 SGB X gest $\frac{2}{4}$ 4 zte Erstattungsforderung an den Kläger  $\frac{2}{4}$ 9 auch soweit sie mit Bescheid vom 18.11.1998 auf 3.049,17 DM reduziert war  $\frac{2}{4}$ 9 ergibt sich nicht.

Nach  $\frac{\hat{A}\S}{48}$  Abs. 1 Satz 1 SGB X ist ein Verwaltungsakt mit Dauerwirkung f $\tilde{A}^{1}\!/_{4}$ r die Zukunft aufzuheben, soweit in den tats $\tilde{A}$ xchlichen oder rechtlichen Verh $\tilde{A}$ xltnissen, die bei seinem Erlass vorgelegen haben, eine wesentliche  $\tilde{A}$ nderung eingetreten ist. Der Verwaltungsakt soll u.a. mit Wirkung vom Zeitpunkt der  $\tilde{A}$ nderung der Verh $\tilde{A}$ xltnisse aufgehoben werden, soweit der Betroffene wusste oder nicht wusste, weil er die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma $\tilde{A}$ e verletzt hat, dass der sich aus dem Verwaltungsakt ergebende Anspruch kraft Gesetzes zum Ruhen gekommen oder ganz oder teilweise weggefallen ist ( $\frac{\hat{A}\S}{48}$  Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X). Eine in diesem Sinne wesentliche Ver $\tilde{A}$ xnderung der tats $\tilde{A}$ xchlichen Verh $\tilde{A}$ xltnisse, die die Beklagte zur Aufhebung der Leistungsbewilligung berechtigt h $\tilde{A}$ xtte, ist jedoch nicht eingetreten.

Nach <u>§ 48 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a SGB VI</u> besteht der Anspruch auf Waisenrente lĤngstens bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres, wenn die Waise u.a. sich in Schulausbildung oder Berufsausbildung befindet. Für den hier streitigen Zeitraum hatte sich der Kläger aber weiterhin in einer Schulausbildung i.S. dieser Vorschrift befunden. Dazu gehört auch die vom Kläger gewählte Hochschulausbildung als immatrikulierter Student an der Technischen Universität Dresden.

Zwar hatte der KlĤger in der Zeit vom 01.10.1994 bis 30.09.1995, obwohl die Immatrikulierung weiter bestand, tatsĤchlich keine Hochschulausbildung absolviert, weil er von seiner Verpflichtung, wĤhrend der Vorlesungszeit an den universitĤts-spezifischen Lehrveranstaltungen teilzunehmen, wegen der hĤuslichen Erziehung seines Kindes in dessen ersten Lebensjahren beurlaubt war. Auch wenn eine Ausbildung tatsĤchlich nicht stattgefunden hat, fýhrte die Beurlaubung nicht zur Beendigung der Hochschulausbildung. Sie hat diese lediglich unterbrochen.

unschädlich angesehen, selbst wenn in diesen Zeiten eine tatsächliche Schuloder Berufsausbildung nicht stattgefunden hat. Zu solchen Ã□bergangszeiten zählen insbesondere unvermeidbare Zwischenzeiten zwischen zwei Ausbildungsabschnitten (vgl. BSG SozR 3-2200 § 1267 Nrn. 1, 3 und BSGE 80, 205 = SozR 3-2200 § 1267 Nr. 5; BSG SozR 3-2600 § 48 Nr. 1 jeweils m.w.N.), wobei der Zeitraum einer Ã□bergangszeit auf vier Monate beschränkt ist. Bei derartigen "Zwischenzeiten" entfalle häufig und typisch die Möglichkeit einer versicherungspflichtigen Beschäftigung und damit einer Beitragsleistung (BSG SozR 3-2200 Nr. 3 m.w.N.).

Ebenfalls im Wege der Auslegung hat die Rechtsprechung Unterbrechungszeiten anerkannt, die eine begonnene Schul- oder Berufsausbildung fortbestehen lassen. Zu diesen Unterbrechungszeiten zählen nicht die regelmäÃ∏igen Ferien oder Erholungsurlaube oder die Beurlaubung vom Hochschulstudium zur Examensvorbereitung; diese Zeiten sind ohne weiteres der Ausbildung zuzurechnen. Als für das Fortbestehen der Schul- oder Berufsausbildung unschĤdlich angesehen wurden krankheitsbedingte wie auch schwangerschaftsbedingte Unterbrechungen, die die Ausbildung zwar tatsĤchlich, nicht aber rechtlich unterbrechen. Zur Begründung für die Weiterzahlung von Waisenrenten im Falle einer krankheitsbedingten Unterbrechung wurde von der Rechtsprechung vor allem angeführt, dass die Waisenrente auch für die Zeit der Berufsausbildung ihre Ersatzfunktion für verlorengegangene Unterhaltsansprýche behalte. Der Zweck der Waisenrente, eine möglichst qualifizierte Ausbildung zu gewĤhrleisten, wýrde aber gefĤhrdet, wenn die Waise mit dem Entzug der Rente wĤhrend einer lĤngeren Krankheit rechnen mýsste und deshalb genötigt wäre, die Ausbildung abzubrechen. Der ma̸gebliche Grund für die von der Rechtsprechung vorgenommene ausdehnende Auslegung des Begriffs Schul- oder Berufsausbildung auch auf (unschĤdliche) Unterbrechungszeiten liegt darin, dass die Waise aufgrund von in ihrer Person liegenden, aber von ihr nicht zu vertretenden UmstĤnde die begonnene Ausbildung fÃ1/4r einen gewissen Zeitraum tatsÃxchlich nicht fortsetzen kann.

Der 5. Senat des Bundessozialgerichts hat über die bislang anerkannten Unterbrechungstatbestände Krankheit und Schwangerschaft hinaus für den Bereich der Berufsausbildung und der 13. Senat für den Bereich der Schulausbildung bereits entschieden, das auch die Zeit der Unterbrechung der Ausbildung wegen der Inanspruchnahme von Erziehungsurlaub rentenunschädlich ist, weil die Aufnahme einer Berufstätigkeit in dem Unterbrechungszeitraum nicht zumutbar sei (vgl. SozR 3-2200 § 1267 Nr. 5 und BSG Urteil vom 26.01.2000 B 13 RJ 53/99 R â∏ m.w.N.). Dies ergebe sich aus Sinn und Zweck der Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub. Das BErzGG wolle einem Elternteil die Betreuung und Erziehung des Kindes in der für die ganze spätere Entwicklung entscheidenden ersten Lebensphase ermöglichen bzw. erleichtern. Müttern und Vätern sei die Wahlfreiheit zwischen der Tätigkeit für die Familie und einer Erwerbstätigkeit geschaffen worden. Im Gegensatz zur Waisenrente handele es sich beim Erziehungsgeld nicht um eine Lohnersatzleistung, sondern um eine familienpolitisch motivierte Sozialleistung. Eine Leistungskumulation liege wegen

der nicht identischen Zweckrichtung der verschiedenen Sozialleistungen nicht vor.

Dieser Rechtsprechung schlieà tsich der Senat nach eigener Bewertung an. Auch der erkennende Senat sieht die Gefahr eines Wertungswiderspruches, wenn einerseits mit dem gesetzlich eingerà umten Erziehungsurlaub die Kleinkindbetreuung durch einen Elternteil mit Nachdruck gefà rdert werden soll und mit dem Erziehungsgeld eine Sozialleistung vorgesehen ist, die weder auf andere Sozialleistungen noch auf private Unterhaltsleistungen angerechnet wird, andererseits aber die Waisenrente eines in Berufsausbildung befindlichen Elternteils wegfallen soll, wenn er Erziehungsurlaub nimmt. Vom Gesetzgeber werden jedoch sowohl der Erziehungsurlaub zur Betreuung des Kleinkindes als auch die Weiterzahlung der Waisenrente zur Fà rderung der Ausbildung der Waisen als sozialpolitisch wà rechenswert erachtet, ohne dass eine Rangfolge in der Wertigkeit dieser beiden sozialpolitischen Zielsetzungen festgestellt werden kann.

Wenn eine schwangerschaftsbedingte Unterbrechung innerhalb der Mutterschutzfristen als für den Bezug von Waisenrente unschädlich anzusehen ist, erscheint es konsequent, wenn die nachfolgende Unterbrechung durch den vom Gesetzgeber geschaffenen Erziehungsurlaub ebenfalls als unschĤdlich erachtet wird. Die Erweiterung der bislang anerkannten (unschĤdlichen) UnterbrechungstatbestĤnde einer vorļbergehenden Krankheit und einer Schwangerschaft/Mutterschaft um den weiteren, neuen Unterbrechungstatbestand des Erziehungsurlaubs ist rechtssystematisch vertretbar und vor allem geeignet, den Wertungskonflikt dahingehend zu lĶsen, dass mĶglichst beide Wertentscheidungen des Gesetzgebers verwirklicht werden kA¶nnen. Wenn fA¼r die gesetzlich eingerĤumte Dauer des Erziehungsurlaubes ein ArbeitsverhĤltnis (§Â§ 15 f BErzGG) und über § 20 Abs. 1 Satz 1 BErzGG auch ein BerufsausbildungsverhĤltnis als nicht beendet, sondern fortbestehend behandelt wird, ist es folgerichtig, diese Wertung des Gesetzgebers in Fortentwicklung der bisherigen Rechtsprechung auch für das Vorliegen einer Schul- oder Berufsausbildung i.S. von <u>§ 48 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a SGB VI</u> gelten zu lassen. Insoweit bezieht sich der Senat auf die oben zitierte Rechtsprechung des BSG, die den Beteiligten bekannt ist und der der Senat folgt. Er sieht daher von einer weiteren Darstellung der EntscheidungsgrÄ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>nde ab.

Befand sich der KlĤger wĤhrend des streitigen Zeitraums wegen der lediglich vorliegenden Beurlaubung noch in einer Hochschulausbildung i.S. von <u>§ 48 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a SGB VI</u>, steht ihm auch die bereits bis zum 30.09.1995 gezahlte Halbwaisenrente zu. Ein Rechtsgrund zur Aufhebung des Bewilligungsbescheides nach <u>§ 48 Abs. 1 SGB X</u> liegt nicht vor. Damit erĽbrigt sich auch die Erstattungsforderung der Beklagten.

Aus den genannten Gründen waren auf die Berufung das Urteil des Sozialgerichts Chemnitz sowie die Bescheide vom 21.11.1995 und vom 18.11.1998 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides aufzuheben.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG).

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r eine Zulassung der Revision liegen nicht vor ( $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$  160 Abs. 2 SGG). Der Senat folgt bezÃ $\frac{1}{4}$ glich der erweiternden Auslegung des Begriffs Schul- und Berufsausbildung im Sinne des  $\frac{\hat{A}}{\hat{A}}$  48 Abs. 4 Nr. 2 Buchst. a SGB VI der Rechtsprechung des 5. und 13. Senats des BSG.

Erstellt am: 11.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024